

Kein Asyl ohne Verpflichtung zur Einhaltung nachstehender Grundregeln

Rechtsordnung akzeptieren! Lebensweise respektieren!

Von Obmann Josef Feldner

Die gefährliche Ausbreitung des politischen Islam auch in Österreich, erfordert es, die Zuerkennung des Asylstatus von der schriftlichen Anerkennung dieser näher auszuführenden, nicht verhandelbaren Grundregeln unter Androhung der Einstellung der Grundversorgung und des Landesverweises bei Missachtung abhängig zu machen. Zur Realisierung ist die Politik aufgerufen. Die notfalls zu erzwingende Einhaltung dieser Grundregeln ist für ein friedliches interkulturelles Zusammenleben unverzichtbar.

Eine Politik, die dem politischen Islam nicht konsequent die Stirn bietet, fördert eine Radikalisierung innerhalb der Bevölkerung und schafft das Biotop für einen gefährlich aufkeimenden Kulturkampf.



Bild links: Marmorstatue „Justitia“ im Justizpalast Wien mit Schwert und Gesetzbuch. Wie jeder österreichische Staatsbürger sind auch alle unser Gastrecht genießenden Immigranten zur Einhaltung unserer Gesetze zu verpflichten. *Bild rechts:* Nikolaus und Knecht Ruprecht in einer österreichischen Volksschule. Der Respekt vor unserer Lebensweise schließt auch den Respekt vor unserem althergebrachten Brauchtum mit ein.



Der Aufruf zur Einhaltung von Grundregeln erfolgt aus gegebenem Anlass

Die seit 2015 erfolgte unkontrollierte Massenzuwanderung von abertausenden muslimischen Immigranten nach Österreich stellt eine große Herausforderung dar.

- In Wiener Volks- und Hauptschulen mit bereits überwiegend muslimischen Kindern steigt die Gewaltbereitschaft bei abnehmender Akzeptanz von Respekt vor unserer Lebensweise.
- Der Einfluss von islamistischen Hasspredigern in Hinterhofmoscheen auf muslimische Neuzuwanderer nimmt gefährlich zu. Die Forderung nach Einführung der radikal-islamischen Scharia in unser Rechtswesen wird immer lauter.
- Der Anstieg von Gewaltdelikten bei gefährlichem Zuwachs

von muslimischen Parallelgesellschaften erhöht in der einheimischen Bevölkerung dramatisch das Gefühl der Unsicherheit.

Die Politik ist zum gezielten Handeln aufgerufen

Eine inkonsequente Politik angesichts einer stetig zunehmenden Islamisierung handelt grob fahrlässig. Der Hebel ist bereits an den Wiener Grundschulen mit dem Unterbinden von muslimischer Intoleranz anzusetzen.

Gleichermaßen ist der zunehmenden Ausländerkriminalität unter voller Ausschöpfung der gesetzlichen Möglichkeiten im Interesse der Sicherheit unserer Bürger entgegenzuwirken. Dazu zählt auch die rasche Abschiebung von kriminellen Asylanten.

Je besser es gelingt, die Einhaltung dieser Regeln bei den Immigranten durchzusetzen, notfalls auch zu erzwingen, desto besser wird künftig das interkulturelle Zusammenleben bei weiterem Abbau von Hass und Fremdenfeindlichkeit funktionieren.

Dem politischen Islam ist Widerstand entgegenzusetzen!

Es geht um unsere Zukunft



Dass Zuwanderer auch Pflichten ihrem Herbergsland gegenüber haben, wird kaum thematisiert.

Eine Politik, die Zuwanderern nicht klare Grenzen setzt, ihnen nicht strenge Pflichten auferlegt, die gegen Missachtung unserer Rechtsordnung und unserer Lebensweise nicht konsequent und hart durchgreift, gefährdet unsere Sicherheit und unsere Lebensqualität.

Sie schafft damit ein Biotop, in dem sich Hass und Fremdenfeindlichkeit gefährlich ausbreiten. Kulturkampf und verheerende Sozialkonflikte sind die unweigerliche Folge. Heute sind sich unsere politisch Verantwortlichen dessen bewusst.

2015: Eine kurzsichtige Willkommenspolitik verkannte die Gefahren einer unkontrollierten Massenzuwanderung

Von der Politik mit Kanzlerin Angela Merkel an der Spitze willkommen geheißen, strömten im Sommer 2015, am Höhepunkt der kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien, täglich Tausende Flüchtlinge – vorwiegend junge Männer – in einem endlosen Zug unkontrolliert(!) über die offene Grenze nach Österreich und weiter nach Deutschland.



2015: Flüchtlinge am Grenzübergang Spielfeld. Dazu stellte schon damals die KRONE kritisch fest: „Selbst nach Sex-Überfällen dürfen Flüchtlinge nicht abgeschoben werden. Sie bleiben in Österreich“.

Nur ein kleiner Teil waren Schutzsuchende aus Syrien. Der Großteil waren Wirtschaftsflüchtlinge aus Afrika, aber auch aus den Balkanländern und Asien.

Die Kontrolle der Asylanträge gestaltete sich zur Farce, zumal es sich unter den Immigranten wie ein Lauffeuer herumgesprochen hatte, dass man auch ohne Reisepapiere – diese waren zumeist vorsorglich weggeworfen worden – einfach nur zu behaupten brauchte, aus Syrien oder aus anderen Kriegsgebieten im Nahen Osten zu kommen, um als Asylant anerkannt zu werden.

Jene, denen der Asylstatus nicht zuerkannt worden war, blieben dennoch im Land, weil sie ohne Ausweisdokument mangels rechtlicher Möglichkeiten nicht abgeschoben werden dürfen. Das verhalf in Europa mehr als einer Millionen illegal Eingewanderten, bei unbekannter Dunkelziffer, zu einem staatlicherseits geduldetem inzwischen immer heftiger kritisierten Daueraufenthalt

Dennoch hielten Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel („Wir schaffen das!“) und zumindest eine Zeitlang auch Bundeskanzler Werner Faymann stur am Willkommenskurs fest.



Jene, die gutherzig Spalier für Flüchtlinge bildeten, haben sich damals über mögliche Gefahren einer unkontrollierten Massenzuwanderung keine Gedanken gemacht.

Im euphorischen Willkommensjubiläum dachte niemand an die im Flüchtlingsstrom mitgezogenen tausenden Kriminellen und islamistischen Fanatiker

Die jubelnden, in Großbahnhöfen Deutschlands und Österreichs für die in Massen angekommenen Flüchtlinge Spalier bildenden Menschen, die ihnen Beifall spendende Politik und die dieses „Musterbeispiel an Hilfsbereitschaft“ würdigenden Medien, dachten in diesen Sommer- und Herbsttagen des Jahres 2015 nicht dran, wie vielen Kriminellen und religiösen, dem Westen feindlich gegenüberstehenden islamistischen Fanatikern sie zugejubelt hatten.

Auf die kurzsichtige Euphorie folgte nach Terroranschlägen Ernüchterung. Dennoch setzt die EU der illegalen Massenzuwanderung noch immer kein Ende

Wie schnell jene Recht behalten haben, die davor gewarnt hatten, Massen von illegalen Zuwanderern weitestgehend unkontrolliert aufzunehmen, hat sich bald dramatisch gezeigt:

Bereits wenige Monate nach dem euphorisch bejubelten Flüchtlingszustrom hätten Terroranschläge in Paris, denen dutzende weitere Anschläge mit Hunderten Terroropfern in anderen europäischen Ländern folgten, die Alarmglocken läuten und die lethargisch agierende EU zu Handeln zwingen müssen. Mangels noch immer nicht verwirklichtem lückenlosen Schutz der EU-Außengrenzen konnte die illegale Massenzuwanderung bis heute noch nicht gestoppt werden.

In den letzten drei Jahren sind weitere Hunderttausende Immigranten über die Mittelmeerroute in Europa angekommen mit Hauptziel Deutschland und Österreich

Die Massenzuwanderung aus islamischen Ländern führt zu einer gefährlichen Stärkung des politischen Islam

Vorweg: Nicht jeder muslimische Immigrant ist Islamist, somit Vertreter des politischen Islam. Der KHD lehnt entschieden Pauschalierung ab.

Die Realität zeigt jedoch, dass der Einfluss der Islamisten auf zugewanderte Muslime immer größer wird. Hassprediger in als radikal eingestuften Moscheen und salafistische Koranverteiler in Großstädten finden unter nach wie vor in großer Zahl illegal zuwandernden Flüchtlingen mehr und mehr Anhänger. Solcherart indoktrinierte Muslime geben ihre Radikalpositionen ihren Kindern weiter, wie die fortschreitende Islamisierung bereits an Wiener Volks- und Mittelschulen beweist.

Je stärker die Zuwanderung ist, desto schwieriger wird die Integration in unsere Gesellschaft mit Akzeptanz unserer Gesetze und Respekt vor unserer Lebensweise. Die sich gefährlich ausbreitende Bildung von muslimischen Parallelgesellschaften verhindern die Integration. Arabische und muslimischen Fami-

lienclans mit oft mehr als 1.000 Mitgliedern lehnen unsere Gesetze und Lebensweise bereit offen ab.

Salafisten vertreten einen besonders radikale Auslegung des Islam. In deutschen und österreichischen Großstädten verteilen sie kostenlos den Koran.



Das deutsche Massenblatt „BILD“ schildert sehr drastisch: „In deutschen Großstädten, haben sich immer mehr muslimische Parallelgesellschaften etabliert und ihre Strukturen über Jahrzehnte so zementiert, dass Insider und Sicherheitsbehörden längst davon sprechen, dass der Kampf verloren ist.“

Auch in einigen Wiener Bezirken mit hohem Ausländeranteil haben sich Parallelgesellschaften gebildet, die bereits Plätze und Parks als ihren Besitz erachten, sodass immer wieder Polizei eingreifen muss, wie in einem jüngst veröffentlichten Integrationspapier berichtet wird.

Diese Entwicklung macht es erforderlich:

Keine Toleranz gegenüber jenen, die unsere Regeln missachten!

Jeder Asylwerber ist hinkünftig schon beim Einbringen seines Asylantrags mit seiner Unterschrift unter Sanktionsandrohung zu verpflichten, unsere österreichische Rechtsordnung uneingeschränkt zu akzeptieren und unsere Lebensweise zu respektieren. Bei Missachtung ist auch bereits anerkannten Asylanten die Grundversorgung zu kürzen, in gravierenden Fällen einzustellen und die Ausweisung zu verfügen. Dafür sind notfalls die gesetzlichen Regeln zu ändern bzw. zu schaffen

Die Grundregel „Gesetze akzeptieren“ umfasst: vereinfacht ausgedrückt die zwingende Akzeptanz unserer österreichischen Rechtsordnung, einschließlich des EU-Rechts. Diese Akzeptanz verpflichtet vor allem zur Akzeptanz unserer Wertvorstellungen, insbesondere der Menschenrechte, der persönlichen Freiheit, der Gleichheit von Mann und Frau, und die zwingende Absage an die zu unserer Rechtsordnung in Widerspruch stehenden Regeln der islamischen Scharia.

Die Grundregel „Lebensweise respektieren“ verpflichtet insbesondere zum Respekt vor unserer westlich geprägten

Lebensweise in all ihren Facetten, zum Respekt vor unserer christlichen Religion und deren Symbolen, vor unserem christlich geprägten Brauchtum und vor allem auch zum Verzicht darauf, uns als „Ungläubige“ zu beschimpfen.

Zu unserer Lebensweise zählt ganz besonders der Respekt gegenüber Frauen. Diesen den Handschlag zu verweigern, ist eine grobe Missachtung unserer Gleichheitsvorstellungen. Dasselbe gilt für das Anpöbeln von Frauen, die nicht nach muslimischen Vorschriften gekleidet sind.

Den Respekt vor unserer Lebensweise können wir glaubwürdig nur bei Verzicht auf vorauseilende „Entchristlichung“ einfordern

Nicht wir ihnen, die Zuwanderer haben sich uns anzupassen!

Wer glaubt, in „vorauseilender Entchristlichung“ eifertig Kreuze aus öffentlichen Gebäuden entfernen zu müssen, auf uraltes christliches Brauchtum, ja sogar auf Weihnachtsfeiern verzichten zu müssen, wird sich nicht den Respekt von strenggläubigen Muslimen erwerben, sondern in der Erwartung auf muslimischen Respekt uns gegenüber bitter enttäuscht werden.

Wir wollen keinen Kampf der Kulturen!

Der KHD tritt für ein friedliches interkulturelles Zusammenleben in Kärnten ein. Dazu müssen aber beide Seiten bereit sein und dürfen sich dem Dialog nicht verschließen. Auch, und gerade bei gravierend unterschiedlichen Ausgangspositionen muss dieser geführt werden. Wir haben schon vor dreizehn Jahren in der Kärntner Konsensgruppe gemeinsam mit dialogbereiten Slowenenorganisationen in einem Jahrzehnte lang existent gewesenen Streitthema, den zweisprachigen Ortstafeln, einen bahnbrechenden Kompromiss erzielen können und damit Hindernisse auf dem Weg zu einem Klima des Vertrauens in Kärnten geebnet. Was im Volksgruppen übergreifenden Dialog gelungen ist, muss bei gegenseitiger Achtung auch bei einem – zugegeben weitaus schwierigeren – Religionen übergreifenden Dialog auch gelingen.

Wie das gelingen könnte, lesen Sie bitte auf Seite 12.

Schwere Bedenken gegen UN-Migrationspakt. Österreich wird nicht unterzeichnen

Weitere Massenzuwanderung droht



Am 10./11. Dezember soll in Marrakesch (Marokko) der „Globale Pakt für sichere geordnete und reguläre Migration“, kurz „UN-Migrationspakt“ von den Mitgliedstaaten der UNO unterzeichnet werden. Wegen gravierender rechtlicher Bedenken wird Österreich, wie eine Reihe weiterer Staaten, diesen Pakt nicht unterzeichnen.

Bild links: „Afrika sitzt auf gepackten Koffern“ Laut einer amerikanischen Studie wollen 800 Millionen Afrikaner nach Europa auswandern. Der EU-Migrationspakt fördert die Massenzuwanderung.

Die wichtigsten Punkte des heftig umstrittenen Pakts

- „Migration sei schon immer Quelle des Wohlstandes gewesen“:

Diese Behauptung im UN-Migrationspakt kann angesichts der Milliardenkosten, die die Massenzuwanderung der letzten Jahre verursachte, und angesichts eines weitestgehenden Scheiterns der Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt absurder nicht sein.

- „Der Globale Pakt bekräftigt das souveräne Recht der Staaten, ihre nationale Migrationspolitik selbst zu bestimmen.“

Das ist in höchstem Maße unglaubwürdig, zumal im UN-Text dutzende (!) Male das Wort „verpflichten“ steht.

- „Der Pakt will für Migranten auf allen Qualifikationsniveaus den Zugang zu Verfahren der Familienzusammenführung erleichtern“

Auch dieser Punkt im UN-Pakt signalisiert unzweideutig eine „Empfehlung“ an die Mitgliedsländer, allen, auch den nur subsidiär anerkannten Asylberechtigten, die Familienzusammenführung zu erleichtern.

Das bedeutet die Zuwanderung von weiteren Abertausenden ohne jegliche Prüfung einer Integrationsfähigkeit.

Die auflagenstärkste deutsche Tageszeitung BILD ruft die deutsche Bundesregierung zur Stellungnahme auf

Mit der Begründung „Kritiker fürchten, der Pakt könne neue Zuwanderer anlocken und führe – obwohl „rechtlich nicht bindend“ – zu Masseneinwanderung, Bürokratie und Kosten“, forderte BILD am 8. November 2018 von der Regierung umfassende Aufklärung. Daraus ein Auszug:

- „Rassistischen, diskriminierenden Medien ist staatliche Förderung zu entziehen“

BILD: Wer entscheidet darüber? Soll eine neue Zensurbehörde eingeführt werden? Ist – je nach politischer Einstellung

– dann mangelnde Migrationsbegeisterung oder starke Islambegeisterung auch schon rassistisch?

- „Ärzte und Grenzbeamte sollen geschlechtssensibel agieren und in kultureller Sensibilität geschult werden.“

BILD: Heißt das, kein männlicher Zahnarzt darf eine Migrantin behandeln? Und kein Grenzer bei der Passkontrolle den Schleier einer muslimischen Frau lüften?

- „Es gelte das Recht aller Menschen auf eine rechtliche Identität. Zielländer sollen ausreichende Dokumente und Personenstandsunterlagen ausstellen.“

BILD: Gilt das auch für Zuwanderer, die ihre Pässe weggeschmissen haben?

- „Ein koordiniertes Grenzmanagement soll sichere und reguläre Grenzübertritte gewährleisten.“

BILD: Das klingt als solle Zuwanderung der Normalfall werden

- „Das Papier spricht von einem Verbot der Kollektivausweisung, verlangt individuelle Prüfungen.“

BILD: Was aber bedeutet „Kollektiv“. Dürfte man dann auch nicht eine Gruppe von Straftätern ausweisen?

Österreich wird dem UN-Pakt nicht beitreten. Kurz und Kickl begründen das folgendermaßen:

Bundeskanzler Sebastian Kurz:

- „Österreich soll in allen Migrationsfragen weiterhin seine Gesetze eigenständig und souverän gestalten können“.
- Innenminister Herbert Kickl präzisiert gegenüber der KRONE seine Bedenken:

- Das Papier zählt nur Positives auf und blendet Negatives aus. So sei Migration eine „Quelle des Wohlstands“
- Es wird nicht unterschieden zwischen legaler und illegaler Migration.
- Auch wenn dieser Pakt rechtlich nicht bindend ist, droht der Eingang in unsere Rechtsordnung durch die Hintertür.
- Es ist keine Verpflichtung von afrikanischen Ländern erkennbar, abgelehnte Asylwerber wieder zurückzunehmen.

Mit der Begründung, der Migrationspakt sei „rechtlich nicht bindend“ wirbt die UNO unter ihren 193 Mitgliedstaaten für die Unterzeichnung. In Wirklichkeit gehen die Unterzeichnerstaaten eine politische Verpflichtung ein und unterwerfen sich einer regelmäßigen Kontrolle, was mit der staatlichen Souveränität nicht in Einklang zu bringen ist. Österreich tut gut daran, den Pakt nicht zu unterzeichnen, wie zehn weitere Staaten, allen voran die USA und Australien, bereits angekündigt.

Hunderte Millionen Afrikaner wollen nach Europa

Eine tickende Zeitbombe

Europa droht ein Migrations-Tsunami. Die Horrormeldungen überschlagen sich. Das Erschreckende: Es sind nicht irgendwelche verrückte Fanatiker, die Angst und Schrecken verbreiten. Es sind ernstzunehmende Wissenschaftler und Migrationsexperten, die eine bisher noch nie dagewesene Völkerwanderung aus Afrika nach Europa prophezeien.

Unfassbar: Die EU hat dagegen keine Gesamtstrategie

Das renommierte amerikanische Pew-Institut, hält in einer neuen Studie die Zuwanderung Hunderte Millionen aus Afrika nach Europa für möglich. In den Staaten südlich der Sahara würden zwischen 50 und 70% der Menschen über eine Auswanderung nach Europa nachdenken. Derzeit warten alleine in Marokko und Libyen etwa 450.000 Schwarzafrikaner auf eine Möglichkeit nach Europa zu kommen

Noch deutlicher als das Pew-Institut wird der bekannte Afrika-Forscher Steven Smith, der die Zuwanderung von 200 Millionen Afrikaner nach Europa angesichts der prognostizierten Verdoppelung der Bevölkerung Afrikas von derzeit 1.200 bis 2050 auf 2.500 Millionen, sogar als „unausweichlich“ hält.

Europas Asylpolitik ist ohne Plan und Verstand



Die EU hat für die Schwächsten bisher nur wenig getan. Diese syrischen Kinder und deren Eltern können sich, wie Millionen andere in den Kriegsgebieten, eine Flucht nach Europa nicht leisten.

Es ist unfassbar, dass die EU bis heute noch keine Gesamtstrategie, keine kohärente Afrika-Politik entwickeln konnte. Zudem sei die Migrationspolitik der EU „*unmoralisch, da sie die Schwächsten benachteiligt, die kein Geld für Schlepper zur Überfahrt nach Europa haben*“, wie „Der Spiegel“ kritisiert. Zahlreiche Anläufe, Afrika voranzubringen, sind gescheitert.

Der Westen predigt den afrikanischen Regierungen weiterhin Sparmaßnahmen, Privatisierung, Deregulierung, also die neoliberalen Konzepte, die schon in den Achtzigerjahren die afrikanischen Staaten nicht gestärkt, sondern weiter geschwächt haben.

Dazu kommt noch, dass Afrika mit hoch subventionierter Billigware aus Europa überschwemmt wird, mit der die einheimischen Bauern nicht konkurrieren können und die den so notwendigen Aufbau von Kleinbetrieben verhindert.

„Kommt es nicht zu einer radikalen Änderung der Afrikapolitik, wird die Festung Europa zerbröseln wie eine Sandburg in der Sonne“

Das prophezeite Manfred Perterer in den Salzburger Nachrichten in einem Leitartikel unter dem Titel „Wer Europa retten will, muss Afrika retten“. Perterer bezieht sich darin auf den äthiopisch-deutschen Experten Asfa-Wossen Asseerate, der die EU dazu aufruft, die Beschwichtigungspolitik gegenüber afrikanischen Gewaltherrschern endlich zu beenden.

Mit Almosen, die noch dazu bei den Falschen landen, wird Afrika nicht gerettet, so Asseerate. Es geht um eine neue Wirtschaftspolitik auf Augenhöhe, um Bildung, um Wirtschaftshilfe unter Beteiligung der Privatwirtschaft und um die Schaffung von Millionen neuer Arbeitsplätze. Europa müsse auf gute Regierungsführung drängen und den Uneinsichtigen den Geldhahn abdrehen. Nur wenn all diese Maßnahmen konsequent und weltweit koordiniert umgesetzt werden, besteht eine Chance für eine neue Ära.

Europa muss endlich handeln, statt reden

Viele der oben aufgezählten Maßnahmen können nur mittelfristig, manche sogar nur langfristig umgesetzt werden. Umso wichtiger ist es, mit Maßnahmen zur unverzichtbaren Eindämmung der illegalen Massenzuwanderung ohne weiteren Aufschub zu beginnen.

Der weltweit anerkannte britische Migrationsexperte Paul Collier mahnte Anfang Oktober bei einer gemeinsamen Pressekonzferenz mit Innenminister Herbert Kickl und dessen dänischer Amtskollegin Inger Støjberg zum Handeln, auch wenn das Jahre dauern sollte, andernfalls drohe eine „größere Rebellion“ in Europa. Colliers Arbeit floss dann auch in einen „7-Punkte-Plan“ ein, den Kickl gemeinsam mit Støjberg kurz danach in Wien vorstellten. Dieser sieht u.a. vor,

■ Den „wirklich Schutzbedürftigen, den Schwächsten“ in Krisenregionen zu helfen

- Perspektiven in den Herkunftsregionen von Flüchtenden – somit vor Ort – zu leisten,
- Das Schleppermodell zu zerschlagen
- Das Sterben im Mittelmeer zu verhindern
- Die Außengrenzen effektiv zu schützen und
- Sichere Rückkehrzentren zu errichten.

Erst wenn das alles erreicht und die illegale Migration eingedämmt ist, sollen sichere und legale Wege für Schutzbedürftige geschaffen werden.

Hilferuf einer Wiener Lehrerin angesichts fortschreitender Islamisierung

Schluss mit Wegschauern und Schönreden!

Falsche Toleranz und Stillschweigen treibt die muslimischen Kinder in die Arme des politischen Islam und stärkt islamistische Parallelgesellschaften.

**„Kulturkampf im Klassenzimmer“.
Ein Buch als Weckruf an die Politik zum
sofortigen Handeln.**



Susanne Wiesinger, sozialdemokratische Wiener Lehrerin, wollte nicht länger schweigen angesichts einer schleichenden Islamisierung an Schulen mit hohem Moslemanteil und angesichts der Tatsache, dass die Schulbehörden diese gefährliche Entwicklung trotz gewaltiger sozialer Sprengkraft ignorieren.

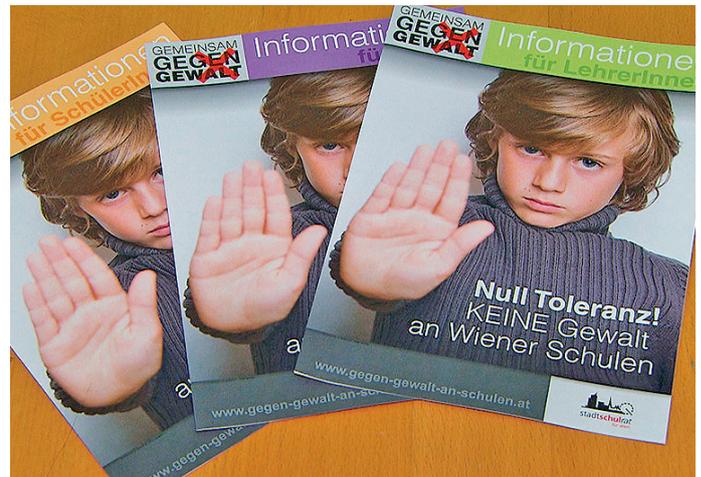
In ihrem kürzlich erschienenen Buch „Kulturkampf im Klassenzimmer“ betont sie, dass ihr Entschluss, die Islamisierung an Schulen öffentlich aufzuzeigen, auch im Interesse der ihr anvertrauten muslimischen Kinder sei, die sich „aus einer islamischen Umklammerung, die den Kindern die Zukunft verbaut, nicht lösen können“.

Klassenzimmer als Konfliktzone

Nachfolgend einige Zitate aus dem Buch

- „Viele muslimische Schüler und deren Eltern hatten eine immer fundamentalistischere und radikalere Richtung eingeschlagen. Bis heute scheuen sich viele Lehrer, Kritik am Islam zu üben.“
- „Was den betroffenen Kindern und Jugendlichen am meisten schadet, sind falsche Toleranz und Stillschweigetaktil gegenüber dem radikal-konservativen Islam.“
- „Das Klassenzimmer in Brennpunktschulen ist zu einer Konfliktzone geworden. Dort zeigt sich, wie Integration nicht funktioniert, warum Multikulti scheitert und welche soziale Sprengkraft dieses Versagen birgt.“
- „Lehrer in Brennpunktschulen unterrichten kaum noch. Wir sind keine Lehrer mehr. Wir sind Sozialarbeiter.“
- „Die muslimischen Schüler mit fundamentalistischem Gedankengut bilden mittlerweile die absolute Mehrheit. Wie soll man diese in unsere Gesellschaft integrieren?“

**Lehrerinnen werden
beschimpft, bespuckt, gebissen
und getreten**



Wiens Schulbehörden versuchen mit Informationsschriften der erschreckenden Gewalt an Wiener Schulen entgegenzuwirken. Das allein ist allerdings zu wenig.

Die Autorin schildert sodann in ihrem Buch ausführlich die erschreckende Entwicklung einer islamistischen Indoktrinierung die aus den Klassenzimmern Konfliktzonen werden lässt, wo Schüler eine muslimische Kleiderordnung durchzusetzen versuchen würden, wo Gewalt untereinander, aber immer häufiger vor allem auch gegen Lehrerinnen herrscht, die zumeist ungestraft als „Huren“ beschimpft, „bespuckt, gebissen, getreten und geschlagen“ werden.

Resignierend stellt die Autorin fest:

„Es ist eine aussichtslose Situation. Wir werden mit den sozialen, kulturellen und religiösen Herausforderungen alleingelassen.“

Und dennoch will Susanne Wiesinger keine fremdenfeindliche Situation aufkommen lassen:

„Es ist ein tragisches Dilemma. Wir wollen diesen Kindern mit all ihren Problemen gerecht werden. Schließlich sind es unsere Kinder und wir fühlen uns für ihre Entwicklung verantwortlich. doch wir sind zum Scheitern verurteilt. Die religiösen Einflüsse sind zu dominant. Die Verweigerung der zuständigen Politiker ist zu ausgeprägt. Wir bekommen so gut wie keine Unterstützung.“

Die Folgen einer weitem Ignoranz mit längst bereits gesamtgesellschaftlichem Gefahrenpotential sieht die Autorin dramatisch:

„Je länger wir darüber schweigen, desto gefährlicher wird diese Ignoranz. Lehrer entlassen immer mehr strenggläubige Jugendliche ohne berufliche Perspektive in die Gesellschaft.“

Was soll aus Jugendlichen in Österreich werden, die schlecht deutsch sprechen, kaum lesen und schreiben können, zu Hause geschlagen werden, alles nach der Scharia ausrichten und schon jetzt mit Messern in die Schule kommen?“

Susanne Wiesinger schließt ihr überaus faktenreiches auf-rüttelndes Buch mit dem Aufruf:

„Wir sollten endlich einen Plan entwickeln, in welche Richtung diese Gesellschaft gehen soll. Im Zuge dieses Plans müssen vielleicht Maßnahmen und Entscheidungen getroffen werden, die vorerst auf Widerstand und Ablehnung stoßen könnten. Aber eine stärkere Ghettoisierung in Ballungszentren muss die Politik verhindern.“

Durch Zuschauen beziehungsweise eher Wegschauen werden Probleme mit nicht gelöst, sondern verstärkt.“

Das Buch erregte großes Aufsehen in der Öffentlichkeit und fand breite Zustimmung

Bei einer KURIER-OGM-Umfrage fanden mehr als zwei Drittel der Befragten die Schilderungen von Susanne Wiesinger

ger als nicht übertrieben. 75 % finden, dass es die Probleme in ganz Österreich und nicht nur in Wien gäbe.

In einem KRONE-Interview warnt die Autorin:

„Wenn wir all das, was ich geschrieben habe, nicht sachlich und lösungsorientiert angehen, dann haben wir den Kulturkampf verloren.“

Lehrer-Gewerkschafter Paul Kimberger kritisiert: „Bisher wurde nichts gemacht“

„Das Thema ist nicht neu, wir weisen schon seit Jahren auf die zunehmenden Probleme hin, sagt der Lehrervertreter im Gespräch mit der KRONE: Dass unser Rechtsstaat in Frage gestellt werde sei inakzeptabel, so Paul Kimberger.

Der Wiener Lehrer-Gewerkschafter Thomas Krebs weist darauf hin, dass laut Integrationsbericht 2018 an Wiener Schulen bereits mehr als die Hälfte nicht Deutsch als Umgangssprache haben. Dadurch gestalte sich der Unterricht als „höchst problematisch“. Er fordert Programme, durch die Eltern mehr in die Pflicht genommen werden.

Integrations-Studie berichtet über Parallelgesellschaften in Wien mit Negativfolgen auch in Schulen

Ein vom Integrationsfonds bestellter Bericht über Parallelgesellschaften in Wien zeigt brisante Fakten auf. Demnach zeichnen sich bereits erste Strukturen einer Parallelgesellschaft in mehreren Bezirken Wiens, die mehrheitlich von Migranten bewohnt werden, ab. Diese Dominanz ermögliche es Familien auch ohne Deutschkenntnisse einkaufen, arbeiten und leben zu können.

Immigranten-Gruppen besetzen in „ihrem“ Territorium auch schon Plätze und Parks in Wien



Wie in anderen europäischen Hauptstätten breiten sich auch in Wien Parallelgesellschaften immer stärker aus

In der Studie wird von notwendig gewordenen Großak-

tionen der Polizei gegen Gruppen berichtet, die Plätze und Parks als ihren Besitz erachten und diese auch mit Gewalt zu verteidigen bereit seien.

Die Autoren der Studie beobachteten auch eine Kluft zwischen den Werten, die die Kinder zu Hause vermittelt bekommen und denen, die die Schulen ihnen beizubringen versuchen.

„Je mehr muslimische Schüler an einer Schule sind“ heißt es in dem Bericht, „umso deutlicher zeigen sich Tendenzen kultureller Abschottung, Widerstände gegen bestimmte Unterrichtsinhalte und Versuche, identitär islamischer Peergroups, Schülerinnen und Schüler mit muslimischen Familienhintergrund zu einem islamkonformen Lebensstil zu nötigen.“

Es zeichnet sich eine „Verhärtung islamischer Regeln“ an den Schulen ab

Das zeige sich am Versuch eine bestimmte Kleiderordnung etwa das Kopftuch durchzusetzen. Auch kurze Röcke, das Hören von Musik oder das Zeichnen von Gesichtern und Körpern gelte religiös indoktrinierten Jugendlichen als „haram“, also nach dem Islam verboten. Lehrer berichten von einer „Verhärtung islamischer Regeln“, etwa was den Umgang mit dem Fastenmonat Ramadam betrifft, womit sich auch Susanne Wiesinger in ihrem Buch ausführlich auseinandersetzt.

Das ist eine gefährliche Entwicklung:

Eine Gesellschaft, ein Staat, lebt vom Miteinander. Parallelgesellschaften hingegen führen zur Ghettoisierung und zum gesellschaftlichen Bruch. Insbesondere in Sozialstaaten.

Der Heimatdienst machte es möglich

Einzigartiges kulturelles Völkerfamilientreffen

Großes Friedensfest im Gedenken an das Ende des I. Weltkrieges vor 100 Jahren

Im Rahmen einer großen Kulturveranstaltung in Arnoldstein mit international bekannten Kulturgruppen aus Österreich, Italien und Slowenien unterzeichneten am 16. September 2018 die Mitglieder der Kärntner Konsensgruppe, Josef Feldner und Marjan Sturm mit dem Obmann der Associazione culturale della Valcanale/ Kanaltaler Kulturverein aus Italien, Alfredo Sandrini, in Anwesenheit des Kärntner Landeshauptmannes Peter Kaiser, des Parlamentspräsidenten der italienischen Region Friaul-Julisch-Venetien Stefano Mazzolini und des Generalkonsuls der Republik Slowenien in Klagenfurt, Milan Predan eine dreisprachige „Gemeinsame Erklärung für Versöhnung und nachhaltige Zusammenarbeit im Alpen-Adria-Raum als Beispiel für ein erfolgreiches Europa im Kleinen“. Finanziert wurde das Friedensfest der Kärntner Konsensgruppe vom mitveranstaltenden Kärntner Heimatdienst mit organisatorischer Unterstützung durch die Marktgemeinde Arnoldstein



Friedensgelöbnis der Jugend

Schon einige Tage zuvor hatten Jugendliche aus Österreich, Slowenien und Italien am Dreiländereck, an jenem Punkt in der Gemeinde Arnoldstein/Podkloster (Österreich), an der Gemeindegrenze zu Tarvisio/Tarvis/Trbiž (Italien) und Kanjska Gora/Kronau (Slowenien) – somit an Europas einziger Schnittstelle der drei großen europäischen Völkerfamilien, Germanen, Romanen und Slawen – ein gemeinsames Friedensgelöbnis abgelegt.

Feierliche GEMEINSAME ERKLÄRUNG

Für Versöhnung und nachhaltige Zusammenarbeit im Alpen-Adria-Raum als Beispiel für ein erfolgreiches Europa im Kleinen

Frieden ist immer mehr als die Abwesenheit von Krieg.

Wirklicher Frieden ist auch kein fixer Zustand, den man ein für alle Mal erreichen könnte. Wirklicher Frieden heißt sozialer Zusammenhalt, gewaltfreie Austragung von unvermeidlichen Interessensgegensätzen und Konflikten, Einhaltung der Menschenrechte und Orientierung an den Bedürfnissen der Schwächsten einer Gesellschaft.

Er heißt ferner auch, sich den ungelösten Fragen der eigenen Vergangenheit zu stellen und sich mit ihnen ehrlich auseinanderzusetzen.

Wirklicher Frieden muss also ständig neu erarbeitet werden.

Der Predger im Alten Testamen sagt:

Alles hat seine Stunde. Für jedes Geschehen unter dem Himmel gibt es eine bestimmte Zeit:

Eine Zeit zum Gebären und eine Zeit zum Sterben, eine Zeit zum Niederreißen und eine Zeit zum Bauen,

Eine Zeit zum Weinen und eine Zeit zum Lachen, eine Zeit für die Klage und eine Zeit für den Tanz,

Eine Zeit zum Lieben, und eine Zeit zum Hassen, eine Zeit für den Krieg und eine Zeit für den Frieden.

Wir wollen aus der leidvollen Geschichte lernen und uns aktiv für eine Kultur des Friedens, der Zusammenarbeit, der gegenseitigen Toleranz und Akzeptanz der verschiedenen Sprachen und Kulturen einsetzen.



Deutsch, Slowenisch und Italienisch sind in der gesamten Region Alpen-Adria ohne Anspruch auf Dominanz gegenüber der jeweiligen Staatssprache gleichermaßen beheimatet.

Deren gemeinsame Akzeptanz fördert eine weitere Stärkung des regionalen Bewusstseins und ebnet den Weg zur Festigung der Friedensregion Alpen-Adria.

Das ist die Herausforderung der heutigen Zeit. Damit wollen wir ein Zeichen setzen, dass Geschichte nicht nur eine Belastung sein kann, sondern auch eine Ressource für ein konstruktives Miteinander.

Wir wollen an der Zeit des Friedens arbeiten.

Arnoldstein am 16. September 2018

an Europas einziger Schnittstelle der drei großen europäischen Völkerfamilien

Dr. Josef Feldner

Alfredo Sandrini

Dr. Marjan Sturm

Buntes Kulturprogramm als Spiegelbild der kulturellen Vielfalt Europas

In Kürze erscheint eine FESTSCHRIFT über das „größte völkerverbindende Fest, das je in Kärnten stattfand“ (KÄRNTNER KRONE 12. 9. 2018)

Nachfolgend eine kleine Auswahl aus dem Kreis der durchwegs hervorragenden Kulturgruppen aus Österreich, Italien und Slowenien. Da aus Platzgründen nicht alle hier abgebildet werden können, weisen wir auf unsere demnächst erscheinende rund 100 Seiten umfassende, reichhaltig bebilderte FESTSCHRIFT hin, in die alle Gruppen auch mit ihren Portraits aufgenommen wurden.



Grenzlandchor Arnoldstein



Musikverein Velden



Gemischter Chor Mesani Pevski



Doppelsextett Velden am Wörthersee



Tamburizzagruppe Latschach/Loče



Alphornjugendensemble Kanaltal

Eine Auswahl aus zahlreichen Presseberichten

Friedensfest der Kärntner Konsensgruppe

Großes Treffen der Kulturen in Arnoldstein Treffen der Kulturen im Dreiländereck

Sonntag der drei Kulturen

Drei Völker, eine Idee: Friede

Dreisprachiges Treffen am Dreiländereck

KÄRNTEN/KOROŠKA

Feierliche gemeinsame Erklärung

Grenzüberschreitendes gemeinsames Opfergedenken Völkermarkt

Keine Alternative zur Versöhnung

Unter dem Titel: „Wir müssen überwinden, was uns Jahrzehnte hindurch getrennt hat“ fand am 4. Oktober 2018 am Stadtfriedhof in Völkermarkt zum fünften Mal zum Jahrestag der Kärntner Volksabstimmung das „Grenzüberschreitende gemeinsame Opfergedenken“ statt.



Die Notwendigkeit der Gemeinsamkeit wurde betont

Vorstandsmitglied Arno Manner konnte zahlreiche Persönlichkeiten aus Kärnten und Slowenien mit Landtagspräsident Bgm. Jakob Strauß in Vertretung von Landeshauptmann Peter Kaiser an der Spitze sowie neben den veranstaltenden Koordinatoren, Rudi Faifar, den Generalsekretär des slowenischen „Verbandes Rudolf Maister“ begrüßen, die in ihren Gedenkworten übereinstimmend die Notwendigkeit der Gemeinsamkeit und der gutnachbarlichen Beziehungen betonten.

Feldner: 10. Oktober Tag der Versöhnung und der gemeinsamen Heimat Kärnten. Sturm: Keine Alternative zum Dialog

KHD-Obmann Josef Feldner als Mitveranstalter bezeichnete in seiner Gedenkansprache das grenzüberschreitende „Gemeinsame Opfergedenken“ als größten Schritt hin zur Versöhnung.

Feldner wörtlich:

„Auf dieser Basis, bei gegenseitigem Verständnis füreinander, ist der Weg frei am 10. Oktober 2020, den Jubiläumstag der Volksabstimmung 1920 im gemeinsamen Gedenken an die Opfer auf beiden Seiten als Tag der Versöhnung und der gemeinsamen Heimat Kärnten zu begehen.“

Der Obmann des slowenischen Zentralverbandes, Marjan Sturm, bekräftigte die Aussagen von Josef Feldner:

„Es gibt keine Alternative zum Dialog und zur Versöhnung“.

Schülergruppen brachten aus unterschiedlicher Sichtweise Gedanken zur Heimat

Schülergruppen des Slowenischen Gymnasiums in Klagenfurt sowie des Alpen-Adria-Gymnasiums Völkermarkt sprachen



in beiden Landessprachen über die „Heimat“.

Unter dem Titel „Brief an die Heimat“ trugen zwei Jugendliche aus dem Alpen-Adria-Gymnasium Völkermarkt – musikalisch begleitet von Ossi Huber – ihre Gedanken zum Thema vor:

„... Du bist zweisprachig. Die beiden Landessprachen bieten mir Möglichkeiten meinen kulturellen Horizont zu bereichern.“

Und ganz besonders merke ich, dass du da bist, wenn ich die Menschen um mich habe, die ich liebe. Diese lieben Menschen sind Teil von dir geworden, sie sind nun Teile MEINER Heimat.

Aber du bist auch Tradition, liebe Heimat. Deine Geschichte

verbindet uns alle, verbindet uns mit dir und dich mit uns, denn sie ist auch unsere Geschichte. Und wenn wir uns hin und wieder versammeln, um an dich zu denken, wollen wir eigentlich nur sagen:

... Liebe Heimat. Danke dafür, dass du da bist. Bei uns. Tief in uns verankert. In unserem Herzen."



Eine Schülerin und ein Schüler aus dem Slowenischen Gymnasium Klagenfurt lasen „Einige Gedanken zum Heimatverständnis“ von Prof. Lojze Dolinar vor. Auch daraus ein Auszug:

... „Als Kind habe ich immer wieder erfahren, dass mein Großvater des Öfteren sein Eigenheim verlassen musste und sein

gesamtes Vermögen verloren hat. Er floh ums nackte Überleben ...

... Bevor er in der Emigration gestorben ist und in seiner neuen Kärntner Heimat begraben wurde, brachte er aus seinem geliebten Tolmin im Sočatal einen kleinen Sack Erde mit, die Teil seines Grabhügels wurde.

Wahrscheinlich ist Heimat auch jenes Land, mit oder in dessen Erde man beerdigt werden will.“

Geistliche Worte und musikalischer Abschluss

Geistliche Worte von Dechant Zoltan Papp in deutscher und dem Evangelischen Pfarrer Ivan Vukan in slowenischer Sprache sowie das Doppelquintett Griffen und ein Bläserquartett aus Neumarkt rundeten die würdige Gedenkveranstaltung ab.

Volksabstimmung 1920:

Heimatsdienst und Konsensgruppe bei der Landesfeier



Am 10. Oktober 2018 legten Mitglieder des KHD-Vorstands im Gedenken an die Opfer des Kärntner Abwehrkampfes am Friedhof Klagenfurt-Annabichl einen Kranz nieder. (Bild links oben)

Schon einige Tage zuvor gedachte eine KHD-Delegation am Grab von Hans Steinacher in dankbarer Erinnerung an dessen große Verdienste im Kampf um die Erhaltung der Kärntner Landeseinheit. (Bild rechts oben)

Kärntner Konsensgruppe bekräftigt gemeinsame Verständigungsarbeit



Gemeinsam fanden sich die Mitglieder der Kärntner Konsensgruppe (Bild rechts v. l.): Josef Feldner, Heinz Stritzl, Marjan Sturm und Bernard Sadovnik bei der Landesfeier im Klagenfurter Landhaushof zusammen und demonstrierten Einigkeit (siehe auch Bild links) bei ihrer Arbeit um eine weitere Festigung eines Klimas des gegenseitigen Vertrauens in Kärnten.

Am Streben nach einem friedlichen interkulturellen Zusammenleben führt kein Weg vorbei

Wir wollen keinen „Kampf der Kulturen“



Muslime suchen am „Tag der offenen Moschee“ in einer Gemeinde in Deutschland den Kontakt zur Bevölkerung. Ein schönes Beispiel für einen interreligiösen Dialog.

Einen Kampf der Kulturen vermeiden wir aber nicht mit nationaler und kultureller Selbstaufgabe und schon gar nicht mit Nachgiebigkeit des Staates gegenüber dem uns feindlich gesinnten, nicht dialogbereiten politischen Islam.

Das Ziel, ein friedliches interkulturelles Zusammenleben, erreichen wir nicht über eine Einbahn, sondern nur mit Verständnis füreinander und gegenseitiger Achtung.

Wenn der Kärntner Heimatdienst

- entschieden gegen illegale Massenzuwanderung auftritt,
 - vor drohenden Sozialkonflikten warnt,
 - Vorrang für die Lebensinteressen der eigenen Bevölkerung verlangt und
 - von anerkannten Asylanten und auch von den schon länger in unserem Land lebenden Immigranten ein nicht verhandelbares Bekenntnis zu unseren Grundwerten
 - mit Respekt vor unserer Lebensweise fordert, dann ist das keineswegs Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit, sondern das Aufzählen von Bedingungen für ein in beiderseitigem Interesse liegendes friedliches Zusammenleben.
- Nur in einem auf solche Weise geschaffenen Klima des gegenseitigen Respekts kann ein interkultureller Dialog fruchtbringend sein, was sodann allerdings auch ein offenes Zugehen der heimischen Bevölkerung auf integrierte und integrationsbereite Zuwanderer erfordert.

Nationales Selbstbewusstsein steht Respekt für integrationsbereite Muslime nicht entgegen



Feldner im Gespräch mit dem Vorsitzenden der Islamischen Religionsgemeinde Kärnten, Esad Memić.

Es ist falsch zu glauben, mit Liebdienerei gegenüber zugewanderten Muslimen deren Achtung uns gegenüber erkaufen zu können. Nationale Selbstaufgabe wird zumeist als Schwäche gesehen und oft auch mit Verachtung quittiert.

Daher: Zeigen wir den in unseren Lebensbereich aufgenommenen Immigranten, ohne nationalistische Überheblichkeit, welche Kultur dieses Land in unzähligen Generationen geprägt und aufgebaut hat. Verlangen wir Respekt davor und als Gegenleistung auch Dankbarkeit dafür, unsere demokratischen und sozialen Errungenschaften genießen zu dürfen. Das inkludiert auch Verzicht auf jegliche Art von Missionierung und Verständnis dafür, dass wir Grenzen setzen müssen. Grenzen gegen weitere ungehemmte Zuwanderung, die die autochthone Bevölkerung allmählich zur Minderheit im eigenen Land werden lässt und andererseits den Boden für gefährliche Sozialkonflikte bereitet. Sind Immigranten bereit, diese keineswegs unzumutbaren Forderungen und Wünsche zu erfüllen, dann werden auch wir ihnen mit Respekt auf Augenhöhe begegnen, dann ist ein Klima geschaffen für ein friedliches Nebeneinander der Kulturen in bunter, ungefährdeter Vielfalt, das zu einem fruchtbringenden Miteinander weiterentwickelt werden kann.

begnen, dann ist ein Klima geschaffen für ein friedliches Nebeneinander der Kulturen in bunter, ungefährdeter Vielfalt, das zu einem fruchtbringenden Miteinander weiterentwickelt werden kann.



*Unseren Tausenden Gönnern, Aktivisten, Mitgliedern und Sympathisanten ein
frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2019*

Obmann Dr. Josef Feldner im Namen des Kärntner Heimatdienstes

LAND KÄRNTEN
Volkskultur

Bitte um Ihren FREIWILLIGEN BEITRAG

zur Abdeckung der hohen Kosten zur Finanzierung unserer gemeinnützigen Arbeit.

Wir finanzieren weitgehend aus eigenen Mitteln Projekte förderungswürdiger Gruppierungen in Kärnten sowie der deutschen Volksgruppe in Slowenien, aber auch in anderen Gebieten der ehemaligen Donaumonarchie. **DANK IHRER HILFE** können wir auch heuer wieder als NOTHELPER ganz wesentlich zum Überleben der deutschen Kulturvereine in Slowenien, aber auch zur Unterstützung vieler förderungswürdiger Projekte, insbesondere im Bereich der Jugendarbeit in Kärnten beitragen.

Mit Ihrem Beitrag zeigen Sie Solidarität mit unserer dem Gemeinwohl dienenden Arbeit. VIELEN DANK!

Medieninhaber und Herausgeber: KÄRNTNER HEIMATDIENST. Layout und Umbruch: type&sign Graphikagentur GmbH. Verlags- und Herstellungsort: Klagenfurt. Anschrift des Medieninhabers und der Redaktion: 9020 Klagenfurt, Prinzhoferstraße 8. Obmann: Dr. Josef Feldner. Bankverbindungen: Raiffeisen-Landesbank Kärnten IBAN: AT66 3900 0000 0100 3250. BIC: RZKTAT2K Deutsche Postbank Kto.Nr. IBAN: DE97 7001 008001 2084 8806 BIC: PBNKDEFF